

**WAR DIE POLITIK DER „NORMALITÄT“ EINE REAKTION AUF DIE
„GLOBALISIERUNGSPHASE“ DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER IN DEN SECHZIGER
JAHREN?**

Jörg Roesler

1. Der Wandel im Blick auf die Welt aus dem sozialistischen Lager zwischen den fünfziger und sechziger Jahren

In den fünfziger Jahren – nicht ganz bis zu deren Ende – war der Blick der Vertreter der herrschenden Elite in der DDR und in deren östlichen Nachbarländern auf die „andere Welt“ außerhalb des „sozialistischen Lagers“ etwa so: Ländern mit Gemeinschaftseigentum und sozialistischen Produktionsverhältnissen gehört die Zukunft, solche, die sich auf Privateigentum an den Produktionsmitteln stützen, beruhen auf gesellschaftlichen Strukturen, die sich bereits in der Vergangenheit nicht (mehr) bewährt haben. Das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verkörpert dagegen die Zukunft. Weiterentwicklung in der kapitalistischen Welt kann dagegen nur zur Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche führen; die natürliche Entwicklungsrichtung in der sozialistischen Welt ist der Aufschwung.

In der ordnungspolitischen Konsequenz hieß das: Je mehr Planung auf der Basis sozialistischen Eigentums, desto günstiger die wirtschaftliche Entwicklung. Je mehr man wirtschaftliche Kontakte mit dem Westen einschränkte, sich auf den „sozialistischen Weltmarkt“, den Handel im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) konzentrierte, auf das „sozialistische Weltwirtschaftssystem“, so auch der Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel der DDR, Heinrich Rau, 1955 zu „Problemen des Außenhandels mit kapitalistischen Ländern“, desto weniger „störanfällig“ die eigene Wirtschaftsentwicklung.¹ Das Interesse der sozialistischen Länder am Weltmarkt, am „kapitalistischen Weltmarkt“, war infolgedessen während der fünfziger Jahre vergleichsweise gering.²

Kalter Krieg von beiden Seiten und „Economic Warfare“ des Westens, zentral durch die USA vom Cocom- Hauptquartier in Paris aus gesteuert, bestätigten die Richtigkeit der wirtschaftlichen Abgrenzungsvorstellungen der östlichen Elite in der Praxis.³

In den sechziger Jahren hatte sich die Situation gründlich gewandelt: Der Kalte Krieg verlor – seit der Kuba-Krise 1962, als er fast in einen heißen umgeschlagen wäre – an Bedeutung. Auch der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei konnte die Entspannung nicht mehr aufhalten.

1 Heinrich Rau, Für die Arbeiter- und Bauern-Macht. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1922–1961, Berlin 1984, S. 351–356.

2 Vgl. Sergej S. Sorokin, Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, in: Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, Berlin 1967, S. 47–74.

3 Philip Hanson, Western Economic Statecraft in East-West Relations. Embargoes, Sanctions, Linkage, Economic Warfare, and Détente, London 1984.

Die Embargopolitik – immer noch vor allem auf Kohle, Eisen und Stahl fixiert – verlor an Bedeutung. Die politische Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten hinkte durch die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin für etliche Jahre noch hinter diesem Trend hinterher. Ende der sechziger Jahre hatten aber auch beide deutsche Staaten aufgeschlossen.

Der veränderte Blick der sozialistischen Herrschaftseliten auf die westliche Welt war jedoch nicht in erster Linie der neuen Situation in den internationalen Beziehungen geschuldet, sondern das Ergebnis innerer Entwicklungen. Auf wirtschaftlichem Gebiet war diese Entwicklung gekennzeichnet durch Reformen – z.B. in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und – zeitlich allen voran – der DDR.

Mit den Wirtschaftsreformen wurde in den sechziger Jahren versucht, auf anderem Wege zu erreichen, was Ende der fünfziger Jahre, als fast alle sozialistischen Länder von Wachstumsschwäche bzw. Wirtschaftskrise heimgesucht wurden, auf dem bisherigen Wege nicht mehr realisierbar schien: Den Westen einzuholen und zu überholen. Um diesem Ziel nach eingetretenem Zeitverlust wieder näher zu kommen, es zu erreichen, waren die Eliten im Osten bereit, umzudenken. Es begannen damit die Wissenschaftler, und es folgten ihnen mit einiger Verzögerung auch die tonangebenden Politiker. Kein anderes Zeitzeugnis spiegelt den Prozeß des Umdenkens so treffend wieder wie der 1969 in Prag veröffentlichte „Richta-Report“. Das Buch, im Ergebnis der Diskussionen von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen in den Jahren zuvor entstanden, fand deshalb auch über die UdSSR hinaus Beachtung.⁴

Der Report bezog sich zunächst darauf, daß das Bild des Kapitalismus, an dem sich die politischen Führungseliten im Osten lange orientiert hatten, offensichtlich nicht mehr stimmte: „In schneller Folge treten in der Produktion Strukturveränderungen auf ... Hier treten einige deutliche Anzeichen der Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution in Erscheinung.⁵ ... Der Kapitalismus kann offensichtlich ... Veränderungen akzeptieren, sich ihrer bedienen und sogar relativ schnell in einem gewissen Umfang, in einer bestimmten Zone vorantreiben.“⁶

Als Konsequenz für die sozialistischen Länder bedeute das aber, so die Verfasser des Reports, daß man Abschied nehmen müsse von der Idee, allein auf der Basis der „richtigen“, der sozialistischen Produktionsverhältnisse und des staatlichen Eigentums die kapitalistischen Länder wirtschaftlich einzuholen. Eine neue, kritische Sicht auf das bisher auf diesem Weg Erreichte sei erforderlich.

„Die sozialistische Gesellschaft braucht und darf sich jedoch nicht verhehlen, daß die Priorität, die sie in einzelnen Bereichen der Wissenschaft, Technik oder

4 Jiří Havel u.a., *Economics and System Change in Czechoslovakia, 1945–1992*, in: Hans-Jürgen Wagener, *Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe*, London 1998, S. 254.

5 Radovan Richta und Kollektiv (Hg.), *Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse*, Frankfurt a.M. 1971, S. 71–72.

6 Ebd., S. 64–65.

Bildung erreicht hat, nur die ersten Schritte darstellt, die bei weitem nicht als allgemein gelten können ... Das Niveau der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in den am höchsten entwickelten sozialistischen Ländern ist vorläufig zwei- bis dreimal niedriger als in den USA, und wenn die gegenwärtigen Wachstumsrelationen gleichbleiben, kann ein komplexeres Überholen 20, 30 und auch mehr Jahre erfordern ... Der Entscheidungskampf um den Sozialismus wird derzeit auf dem Boden der Voraussetzungen des Produktions-, technischen und wissenschaftlichen Fortschritts ausgetragen, der zahlreiche ungewohnte Situationen und Anforderungen mit sich bringt.“⁷

Wenn die Verfasser des Reports auch nicht am „Endsieg“ des Sozialismus zweifelten, so war die Sicht auf die andere Welt, insbesondere auf den Weltmarkt, eine andere geworden. Die Theorie von zwei getrennten Weltmärkten – einem kapitalistischen und einem sozialistischen – war passé. Es gab nur einen Weltmarkt, und nur Güter, die sich dort in der internationalen Konkurrenz bewährten, waren Weltspitze. Daß die Wirtschaftsentwicklung sich globalisierte, sagte damals niemand. Aber man kann diesen Begriff getrost verwenden. Globalisierung geschah damals vor allem durch Welthandel. Die sozialistischen Länder konnten von der Teilnahme am Welthandel vor allem profitieren, indem sie mit den erlangten Devisen moderne Technik kauften und diese auf Gebieten einsetzten, wo sie mit der eigenen Entwicklung (noch) im Rückstand waren.

Anerkannt wurde nun auch von den Herrschaftseliten in den sozialistischen Ländern: Es gibt nicht zwei verschiedene, sondern eine Entwicklung – die zum modernen Industriestaat. Waren die beiden vorgestellten Entwicklungsmodelle der fünfziger Jahre noch direkt durch die Produktionsverhältnisse getrieben gewesen – aufwärts bei sozialistischen, abwärts bei kapitalistischen – so wurde das nunmehr akzeptierte allgemein gültige Entwicklungsmodell vor allem als das Ergebnis des Primats der Entwicklung der Produktivkräfte betrachtet. Sozialistische und kapitalistische Staaten hatten an ihr zwangsläufig teilzunehmen, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln. Kurz- und mittelfristig mußten die beiden Staatengruppen mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die gleiche Richtung einschlagen. Es ging nur noch um langsamer oder schneller aufwärts. Natürlich mußten die sozialistischen Staaten alles unternehmen, um schneller zu sein bei der Bewältigung der Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution. Ihre Aufgabe war es, zunächst die kapitalistischen Konkurrenten einzuholen und dann – im Bereich von Wissenschaft und Technik und der Ökonomie, versteht sich – zu überholen. Oder noch besser: sie zu überholen, ohne sie einholen zu müssen.

⁷ Richta-Report, S. 76–77.

2. Von der Akzeptanz globaler wissenschaftlich-technischer Entwicklung zum Zurückschrecken vor den Konsequenzen: Vom NÖS 1963 und Kritik am ÖSS- Programm für 1971–1975 in der DDR

Im ersten Satz des „Gründungsdokumentes des NÖS“, der im Juli 1963 veröffentlichten „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ wurde aus dem Beschluß des VI. Parteitages der SED vom Januar just jene Passage zitiert, die die global gewordene Sicht der SED-Führung ganz eindeutig widerspiegelt: die „zentrale Aufgabe auf ökonomischem Gebiet“ bestände darin, „die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten und so die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern.“⁸ Vier Jahre später, auf dem VII. Parteitag, der dann das NÖS zum „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS) umformte, wurde Ulbricht in seinem Hauptreferat noch deutlicher: „Unsere Deutsche Demokratische Republik als moderner Industriestaat kann nur gut vorwärtskommen, wenn ihre Volkswirtschaft richtig mit den Weltmärkten verflochten ist. Dazu gehört, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ziel ausgestaltet, den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt im internationalen Warenaustausch durch internationale Arbeitsteilung und die Kooperation wesentlich zu erhöhen.“⁹ Man beachte: vom Außenhandel mit sozialistischen Ländern einerseits und den kapitalistischen Staaten andererseits ist hier nicht mehr die Rede, nur vom „internationalen Warenaustausch“. Erst recht wird nicht mehr angenommen, daß der eine – der mit den sozialistischen Ländern – unter den beiden Märkten den Vorrang haben müsse. Es gab nur noch ein Ziel für die DDR, „den Kampf um Weltspitzenleistungen“¹⁰ und nur ein Kriterium für die Gestaltung des Außenhandels der DDR: Er hat der Erreichung dieses Ziels zu dienen.

Als Ulbricht im April 1967 so sprach, hatte sich die anfängliche, 1963 spürbare Begeisterung für die „Öffnung“ der DDR gegenüber der „anderen Welt“, für das Wettrennen um Spitzenpositionen bei der Bewältigung der wissenschaftlichen Revolution unter den Wirtschaftsfunktionären der DDR bereits zu legen begonnen. Die westlichen Industrieländer einzuholen erwies sich als mühsamer, als sich das so mancher von ihnen vorgestellt hatte. In der NÖS-Richtlinie hatte es noch voller Zuversicht geheißen: „In dem das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft unter der tatkräftigen Mitwirkung aller Werktätigen verwirklicht wird, sichern wir alle Faktoren, um die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland auch auf ökonomischem Gebiet zu beweisen.“¹¹

8 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965 (3. Aufl.), S. 7.

9 Walter Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2, Berlin 1969, S. 193.

10 Ebd.

11 Richtlinie, S. 15.

Den aufkommenden Frust über die Mühen des Aufholens und selbst des „Dranbleibens“ am Weltniveau sehr wohl zur Kenntnis nehmend, ließ Ulbricht, von den Mitgliedern seines „strategischen Arbeitskreises“ beraten, nach „Beschleunigern“ für die wissenschaftlich-technische Entwicklung der DDR suchen. Als er auf eine Presseveröffentlichung des sowjetischen Kybernetik-Professors Viktor Gluschkow aufmerksam gemacht wurde, in dem dieser mit Blick auf die künftigen Generationen von EDV-Anlagen den Gedanken vom „Überholen ohne einzuholen“ äußerte, war Ulbricht für dessen konzeptionelle Idee sofort offen. Als Ausgangspunkt für Prognose und Planung war von Gluschkow an solche technisch-technologischen Lösungen gedacht, die im Westen noch nicht existierten. Nur so könne man sich technologisch an die Weltspitze setzen. Ulbricht gefiel der Gedanke vom „Überholen ohne einzuholen“ so gut, daß er Gluschkow in die DDR einlud, vor Wissenschaftlern und Planern vortragen ließ und dessen Wort vom „Überholen ohne einzuholen“ mit Blick auf den Systemwettbewerb immer häufiger selbst verwendete. Der einflußreiche „strategische Arbeitskreis“ diskutierte die neue Überholstrategie und entsprechend seinen Vorgaben wurde in den wirtschaftsleitenden Organen „fleißig, auf allen Ebenen, einzeln und gemeinschaftlich konzipiert und prognostiziert“.¹² In der im April 1970 als Grundlage zur Ausarbeitung des Perspektivplanentwurfes für die Jahre 1971 bis 1975 vom DDR-Ministerrat bestätigten „Grundsatzregelung“ wurde, um „der sich in einem hohen Tempo vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution“ gerecht zu werden, verlangt, nach dem Prinzip „Überholen ohne einzuholen“ zu arbeiten, um auf diesem Wege „eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität“ und einen „höchstmöglichen Zuwachs an Nationaleinkommen“ für die DDR zu erreichen.¹³

Die gewaltigen Akkumulationsanstrengungen würden, räumten die Globalisierungsfollower ein, im Perspektivplanzeitraum 1971–1975 keine großen Sprünge bei der „weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“ erlauben¹⁴. Intern hatte Mittag im Auftrage Ulbrichts auf der 13. Tagung des ZK der SED, auf der es um den inzwischen fast fertiggestellten Perspektivplan 1971–1975 ging, sogar vom Politbüro die Zustimmung zur Ablösung der Preissubventionen, d.h. Einschnitte ins Realeinkommen und damit in den Lebensstandard verlangt.¹⁵

Mittags Vorstoß, noch mehr Mittel für die Auseinandersetzung mit dem Westen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zu akquirieren, verfiel der Ablehnung durch die „Anti-Globalisierer“ im Politbüro. „Der Gedanke, sich durch eine

12 Vgl. Jörg Roesler, Überholen ohne einzuholen, in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Bd. 2, Leipzig 2002, S. 30–31.

13 Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1970, S. 132.

14 Ebd., S. 133.

15 Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1990, S. 75–76.

vorwärts weisende Politik technischer Erneuerung zu vergrößern, wurde praktisch aufgegeben.“¹⁶

Das war der Anfang von jenen Rückzügen vom Engagement im internationalen Wettbewerb, zu denen sich Ulbricht im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1970 im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kennziffern des zweiten Fünfjahrplanes gezwungen sah. Aus dem offensichtlichen Widerstand in Partei- und Staatsführung Schlußfolgerungen zu ziehen, verblieb Ulbricht indes nicht mehr viel Zeit, denn der Machtkampf, der im Sommer 1970 zwischen ihm und Erich Honecker eingesetzt hatte, endete im Mai 1971 mit dem Sturz des bisherigen Ersten Sekretärs des ZK der SED.

Der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker ist bisher noch nicht unter dem Aspekt der Abkehr vom Globalisierungsdenken und als Rückkehr zur „Normalität“ der Existenz zweier, unabhängig voneinander sich entwickelnder Gesellschafts- und damit auch Wirtschaftswelten interpretiert worden. Doch kann kein Zweifel bestehen: Die Absage an die Wirtschaftsreform ist auch als Funktion der Abkehr von dem sich nur aus globaler Sicht unvermeidlichen technologischen Wettlauf zu verstehen. Die Wirtschaftsreform sollte Anreize zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts schaffen. Ohne die Notwendigkeit dieser Beschleunigung verlor sie viel von ihrer Stringenz.

Die Herrschaftselite der DDR schloß sich mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker mehrheitlich einer revisionistischen Denkrichtung an, die bereits zuvor, seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in der sowjetischen Führung dominierend geworden war und die in dem Ersten Sekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, geradezu ihre Personifizierung fand. Honecker und der die Sowjetunion besuchenden Führungsequipe der SED erklärte der sowjetische Parteichef 1970 (bei Abwesenheit von Ulbricht): „Da gibt es eine Frage. Die Sache mit dem überholen ohne einzuholen. Einzuholen ist schon falsch ... Diese Losung hat Chruschtschow 1964 verkündet ... Wir wollen dadurch zugeben, daß wir rückständig (sind) ... z.B. in bezug auf die USA. Das ist doch nicht so, das sind wir doch nicht ... Wir sind ein sozialistisches Land. Was sollen wir da überholen? Wir sollten doch nicht unsere Rückständigkeit popularisieren, die es doch gar nicht gibt.“¹⁷

An dem Zitat wird erkennbar, wie sehr die von Breschnew vorgetragene Sicht auf die Welt wieder der (bereits geschilderten) der fünfziger Jahre ähnelte. Honecker und die Politbüromehrheit, die er um sich zu scharen verstand, machte sich diese Meinung zu eigen, soweit die Politbüromitglieder in der Reformperiode von ihren Vorstellungen der fünfziger Jahre überhaupt abgewichen waren. Mit „Zurück zur Normalität!“ meinten sie ein Ende von Experimenten, die sie (angesichts der prinzipiellen Überlegenheit des sozialistischen Systems) für unnütz, aber durchaus nicht für ungefährlich hielten, weil sie das politische Sy-

16 Claus Krömke, Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag, Berlin 1996, S. 36.

17 Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2, Berlin 1992, S. 340–344.

stem destabilisierten. Was das System destabilisieren konnte, untergrub letztlich auch ihre persönliche Position. Mit scheelen Augen hatten sie gesehen, daß viele Entscheidungen nicht mehr im Politbüro, sondern im „strategischen Arbeitskreis“ fielen, Ulbricht sich nicht mehr von Politikern wie ihnen, sondern von Technokraten beraten ließ.¹⁸ Normalisierung hieß für die Politbüromehrheit Rückkehr zur Dominanz der Politik wie in den fünfziger Jahren, bedeutete für sie ein Ende der „Technokratenherrschaft“ der sechziger Jahre. Normalisierung war aus ihrer Sicht gleichbedeutend mit Restauration des politischen und wirtschaftlichen Systems der Vor-Reformzeit. Das wurde aber so deutlich nicht ausgesprochen.

Mit ihrem bewußt diffus gehaltenen Normalisierungsangebot hoffte die Gruppe um Honecker auf breitere Unterstützung für ihre neue Politik. Wie aber waren die anderen, die Masse der Wirtschaftsfunktionäre, oft mit Ingenieursausbildung, für die der propagierte Wechsel nicht unbedingt mit der Erfüllung von persönlichen Aufstiegsambitionen verknüpft sein konnte, für die Rückkehr zur „Normalität“ zu gewinnen?

Der Weg, der gewählt wurde, war relativ einfach. Man erklärte die Notwendigkeit eines weltweiten Wettbewerbs um die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution für einen Irrtum. Ulbricht sei einem Phantom nachgelaufen. Um diese Auffassung zu verbreiten, bediente sich Honecker eines Mannes, der unter den Intellektuellen und bei der Bevölkerung in der DDR großes Vertrauen genoß und der zudem als Spezialist für die Wirtschaft des kapitalistischen Auslandes galt: Jürgen Kuczynski. In einem fast seitenlangen Artikel im Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, eröffnete Kuczynski im April 1971 eine Diskussion um die unmittelbaren Konsequenzen, die sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt für die DDR ergaben: „Wir erleben heute die allerersten Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Produktion. Sie, deren Kern in ihrer ersten Etappe die komplexe Automatisierung ist, weist die Richtung in die Zukunft. Es wäre aber illusionär zu glauben, daß sie bereits heute das Profil, die Struktur der Wirtschaft bestimmt oder bestimmen könne – nirgendwo in der Welt.“

Kuczynski sprach sich gegen die Förderung von „Pionier- und Spitzenleistungen“ und damit gegen das Prinzip „Überholen ohne einzuholen“ aus. Selektive Technikförderung, so er, sei „kein Programm für den nächsten Fünfjahrplan“.¹⁹ Harry Nick, ein Wirtschaftswissenschaftler, der sich in besonderem Maße für die Wirtschaftsreform engagiert hatte, versuchte gegenzuhalten. Kuczynski gehe es offensichtlich nicht darum, die bis vor kurzem gewiß in mancher Hinsicht Blüten treibende Technikeuphorie zu dämpfen. Seine Kritik rüttle vielmehr an den Grundfesten der Modernisierungsstrategie der SED der sechziger Jahre. „Bedeutet nicht die ... Sätze von Prof. Kuczynski geradezu eine Ver-

18 Vgl. Demokratische und technokratische Wirtschaftsreformer in der DDR, in: Welt Trends 18/1998, S. 115–130.

19 Neues Deutschland v. 14.4.1971.

tagung der wissenschaftlich-technischen Revolution?“, fragte er und warnte: „Wir sollten uns vor neuen Illusionen hüten. Wer die wissenschaftlich-technische Revolution in weite Ferne rückt, öffnet der Selbstzufriedenheit Tür und Tor. Und es ist auch illusionär anzunehmen, daß die kapitalistische Welt wohl kaum über die ersten Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution hinauskommen werde.“²⁰ Nick sollte später Recht behalten. Aber im April 1971 überzeugte eher Kuczynski. Gewiefte ND-Leser konnten bereits an dem weitaus geringeren Platz, den die Redaktion des „Neuen Deutschland“ Nick einräumte, erkennen, wessen Auffassung den Ansichten der sich formierenden neuen SED-Führung unter Honecker entsprach.

Kuczynskis Thesen überzeugten aber nicht nur wegen des offensichtlichen Rückhalts, den er beim (bald) neuen Ersten Sekretär des ZK der SED genoß. Sie stießen bei vielen Wirtschafts- und Verwaltungskadern, die seit Jahren im Auftrage der SED-Führung unter Ulbricht daran gearbeitet hatten, die DDR-Wirtschaft „zum Weltniveau“ voranzubringen, auf Zustimmung. Bei ihnen machte sich angesichts der Differenz zwischen den aus der weltweiten wissenschaftlich-technischen Revolution abgeleiteten und in Zeitungen, Funk und Fernsehen immer wieder hervorgehobenen Zielen und den Mühen ihrer Durchsetzung, unter denen man Ende der sechziger Jahre schon länger als ein Jahr fünf litt, Frustration breit. Die im Verlauf von mehreren Jahren „Stück für Stück“ eingeführten neuen Regelungen bzw. später eingearbeiteten weiteren Veränderungen und „Verbesserungen“ ließen die meisten Wirtschaftsfunktionäre auf der Ebene der Betriebe, VVB und Kombinate den visionären Hauptgedanken, der dem ÖSS zugrunde lag, kaum noch erkennen. An die Stelle des ursprünglichen Reformschwungs, der möglicherweise durch die 1968 entdeckte neue „Überholmethode“ noch einmal angestachelt worden war, traten 1969 und 1970 auf der unteren und mittleren Leitungsebene zunehmend Reformmüdigkeit und auch Resignation.²¹

Die von Honecker inspirierte Argumentation, die die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrem gegenwärtigen Stadium bagatellierte, ergriffen viele Wirtschafts- und Verwaltungskader gern, um sich ohne schlechtes Gewissen aus einer immer aufwendiger werdenden und immer weniger Erfolg versprechenden Dauerkampagne zu verabschieden. Der Verzicht auf die ambitionierten ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Ziele der Ulbrichtschen Fassung des Fünfjahrplanes 1971–1975 entsprach den Interessen oder doch wenigstens der Gefühlslage der Mehrzahl der Wirtschaftsfunktionäre in Verwaltungen, Industriezweigleitungen und Betrieben.

Ohne diese Haltung vieler Leitungskader wären Honeckers Absage an die Wirtschaftsreform und sein Verzicht auf eine Politik des globalen Wettbewerbs zweifellos viel schwieriger durchzuführen gewesen. In diesem Zusammenhang

20 Neues Deutschland v. 25.4.1971.

21 Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR, Freiburg/Br. 1990, S. 156.

aber einfach von einer „reformresistenten Haltung der ... Staatsapparate“ – wie im Workshop-Papier²² – zu sprechen, ist m.E. zu kurz gegriffen.

Zu der gesuchten Massenbasis für die Rückkehr zur Normalität (der fünfziger Jahre) gehörten nicht nur Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionäre. Auch die Arbeiter mußte Honecker für seinen „Normalisierungskurs“ gewinnen. Er und seine Anhänger taten dafür etwas mehr als daran zu erinnern, daß sie – und nicht Wirtschaftsfunktionäre oder Ingenieure – die wichtigste Kraft des Sozialismus verkörperten. Die Honeckerfraktion stilisierte Versorgungsmängel, die es systembedingt in der Mangelwirtschaft ständig gab²³, in der Zeit des Machtkampfes mit Ulbricht zu einer Versorgungskrise hoch und machte die Probleme der Konsumgüterversorgung auf der 14. Tagung des ZK der SED, ganz ungewöhnlich für die Geschichte der SED, auch noch öffentlich. Dabei wurde auch nicht versäumt, auf die Ursachen des Verschwindens einiger der der Bevölkerung so am Herz liegenden „1 000 kleinen Dinge“ hinzuweisen. „Sorgloses Umprofilieren“ von Betrieben gemäß den Zielsetzungen des „Überholens ohne einzuholen“ sei daran schuld.²⁴

So sehr derartige Begründungen für tatsächlich eingetretene Versorgungsmängel auch an den Haaren herbeigezogen gewesen sein mögen: Sie taten nicht nur ihre Wirkung. Das nach Honeckers Machtübernahme vorgenommene Einfrieren oder Einstellen von aus dem wissenschaftlich-technischen Wettlauf abgeleiteten Großprojekten erlaubte es tatsächlich, Mittel, die bisher für Technologieimporte gebunden waren, für den Import von Konsumgütern aus dem Westen freizumachen; abgesehen einmal davon, daß sich Honecker bald nicht mehr scheute, über das unter Ulbricht erreichte Verschuldungslimit von 2 Mrd. DM weit hinauszugehen und bereits 1975 8,8 Mrd. DM an Devisenschulden zu erreichen.²⁵

Der Weg in die „Normalisierung“ bedeutete aus der Sicht der Mehrheit der Politbüromitglieder und der politischen Spitzenfunktionäre das Ende einer Kampagne auf wissenschaftlich-technischem und wirtschaftlichem Gebiet, die für die auf Machterhaltung orientierte oberste Schicht von politischen Funktionären mit hohen politischen Risiken belastet schien. Dies politische Moment zu betonen, ist insofern wichtig, als sich sonst das Paradoxon nicht auflösen läßt, daß auch in der Honecker-Ära keine Abschottung vom Weltmarkt erfolgte und Konsumgüter sogar in größerem Maße als in der Reformzeit von der DDR importiert wurden. Die Einkaufskampagnen unter Honecker mit Blick auf den Tag waren allerdings überhaupt nicht vergleichbar mit den Aufholkampagnen Ulbrichts mit Blick auf eine sichere Zukunft der DDR. Diese neue Art Verbundenheit mit dem Welt-

22 Vgl. Workshop-Papier von Jürgen Danyel und Peter Hübner, überarbeitet erschienen als: Dies., Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968–1971, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 50 (2002), S. 804–832.

23 Vgl. Jörg Roesler, Die Wirtschaft der DDR, Erfurt 2002, S. 41–52.

24 Paul Verner, Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED, Berlin 1970, S. 26.

25 Deutsche Bundesbank, Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt a.M. 1999, S. 60.

markt erforderte kein wirtschaftliches Aufholen, war politisch ungefährlich, erhöhte die Loyalität der Bevölkerung gegenüber der Führung und wirkte insofern stabilisierend auf das politische System – jedenfalls solange, bis Anfang der achtziger Jahre die Verschuldung der DDR gegenüber dem Westen an den Punkt gelangt war, an dem Veränderungen in der Wirtschafts- und Konsumtionsstruktur der DDR unvermeidlich wurden.

Der Weg in die „Normalisierung“ bedeutete aus der Sicht der oberen und mittleren Kader in Wirtschaft und Verwaltung die Chance, den Anstrengungen eines Aufholprozesses zu entgehen, von dessen Erfolg sie nicht mehr überzeugt waren. Zumindest bis zum „Mikroelektronikplenum“ 1977 ging von Wissenschaft und Technik keine Kampagne zur Modernisierung der Wirtschaft mehr aus.

Normalisierung bedeutete für die Arbeiter und kleinen Angestellten eine Verbesserung der Lebenslage, u.a. durch Zunahme der Versorgungssicherheit und der (importierten) Warenvielfalt. Dazu ist zu bemerken: Verbesserungen im Bereich der Arbeits- und Lebensverhältnisse hatte es auch in der Reformzeit gegeben, doch waren sie anders strukturiert: Wer mehr leistete, sollte auch einen größeren Anteil am „Konsumtionskuchen“ haben. Die gewollte soziale (Re-)Differenzierung mußte zwar auch „nach unten“ durch Erhöhung der Mindestlöhne u.ä. Maßnahmen sozial abgefedert werden. Letztlich aber war eine Wohlstandssteigerung in den Augen der Reformer gegenüber den durch vermehrte Investitionen zu erreichenden Globalisierungsfortschritten in der DDR-Industrie sekundär.

Honeckers Politik der Normalisierung dagegen setzte auf das Primat der Konsumtion und den Verzicht auf die Integration in den – als nicht existent beschriebenen – technologischen Welttrend. Honecker war bemüht, aus der 1970 erreichten, aus der Abkehr von den ambitionierten Reformzielen resultierenden Interessenübereinstimmung zwischen Führung und Volk, eine dauerhafte Loyalität zu schmieden. Dieser Versuch ist ihm mit der – erst in den Jahren nach 1971 entwickelten – „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zeitweise gelungen.

3. Der Aufbruch in die globalisierte Welt und die Rückkehr zur „Normalität“ in den östlichen Nachbarländern der DDR

Wieweit traf der Abschied von der Teilnahme an der Globalisierung, der hier konkret am Beispiel der DDR geschildert wurde, auch für die östlichen Nachbarn zu? War auch bei ihnen der Abbruch des Aufbruchs zu beobachten?

Der Einstieg in die Wirtschaftsreform während der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war auch für die UdSSR, Polen und Ungarn eng verknüpft mit einer Umorientierung von der Nabelschau auf das sozialistische Lager auf Welttrends der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung. In bezug auf dieses Denken ist für die UdSSR das eindrucksvollste Dokument zweifellos der Richta-Report, aus dem eingangs bereits zitiert wurde. Mit dem unter dem Einfluß von Radovan Richta und seinen Studienkollegen geschärften Blick auf die Länder außerhalb des sozialistischen Lagers mußten tschechoslowakische Wirt-

schaftswissenschaftler wie etwa Ota Šik nunmehr feststellen, daß das sich vor dem Weltkrieg etwa auf tschechischem technischem Wirtschaftsniveau befindliche Österreich nach zwei Jahrzehnten Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen einen bedeutenden technisch-ökonomischen Vorsprung aufwies.²⁶ Es wurde an Hand dieses und anderer Blicke über den Gartenzaun des „sozialistischen Weltwirtschaftssystems“ klar, daß die Tschechoslowakei sich in Zukunft „gegenüber einer harten weltweiten Konkurrenz“ werde durchsetzen müssen. Das sei, so Dubček auf dem Aprilplenar des ZK der KSČ im Jahre 1968, nur „auf der Basis einer modernen, hochproduktiven Wirtschaft“ möglich.²⁷

Seine prinzipielle Absage an soziale Versprechen, die nicht hinreichend durch die wirtschaftliche Entwicklung abgesichert sind, brachte Dubček – ungeachtet seiner Zusicherung, sofort „die dringendsten sozialen Probleme zu lösen“ – grundsätzlich in eine Linie mit Gomuška und Ulbricht bzw. Mittag: Alle Anstrengungen seien zunächst auf Investitionen und Innovationen zu konzentrieren. Der Konsum und neue soziale Programme hätten so lange zurückzustehen, bis die wirtschaftliche Position der sozialistischen Länder im globalisierten Wettlauf sich eindeutig verbesserte.

Die von Dubčeks Nachfolger Gustáv Husák im April 1971 verkündeten Richtlinien des XIV. Parteitag der KSČ zum fünften Fünfjahrplan (1971–1975) machten dann Konsum- und soziale Versprechungen möglich, weil Österreich nicht mehr als Referenzland galt, weil sich die neue KSČ-Führung folglich vom globalisierten Wettlauf zur Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution zurückziehen konnte. Husák war nunmehr in der Lage, eine verbraucherfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ersatz für die Demokratisierung der politischen und Deregulierung der ökonomischen Strukturen anzubieten.²⁸

In den sechziger Jahren war, wie in der DDR, auch in Polen der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei ein ständiger Mahner: Polen dürfe in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution im internationalen Wettbewerb nicht zurückbleiben, ließ sich Władysław Gomuška immer wieder vernehmen. Anders aber als in der DDR, wo der Gedanke, die Mittel für zusätzlich notwendig gewordene Investitionen in „Fortschrittszweige“ wie die Mikroelektronik auch durch Abschaffung der Preissubventionen für Lebensmittel zu gewinnen, nur intern diskutiert wurde, war Gomuška entschlossen, mit Lebensstandardeinschränkungen ernst zu machen. Als Resultat der ihm notwendig erscheinenden Preiserhöhungen für Lebensmittel und Gebrauchsgüter rechnete er eine Senkung des Reallohnes um 1,5 % ein und appellierte an das Verständnis der Werktätigen für diese Maßnahmen. Diese waren aber nicht bereit, das ihnen zugemutete Op-

26 Vgl. Ota Šik, *Socialist Market Relations and Planning*, in: *Socialism, Capitalism and Economic Growth*, Cambridge 1967.

27 Zitiert in: Danyel/Hübner, *Soziale Argumente*, S. 814.

28 Ebd., S. 816f.

fer zu bringen. Kaum waren im Dezember 1970 die neuen Preise bekanntgemacht, gab es Unruhen und Gomuška wurde noch 1970 gestürzt.²⁹

Sein Nachfolger Edward Gierek traf nicht die Entscheidung Honeckers, die wissenschaftlich-technische Revolution abzublasen und zur Normalität der fünfziger Jahre zurückzukehren. Er versuchte, eine Fortführung der Reform und der Öffnung, u.a. durch Auflegung umfangreicher Investitionsprogramme, zu verbinden mit einer Rücknahme der Preiserhöhungen und Gewährung von Verbesserungen beim Einkommen und im Bereich der sozialen Sicherungen.³⁰ Der Spagat gelang tatsächlich bis Mitte der siebziger Jahre³¹ mit Hilfe von Importen von Konsum- und Investitionsgütern und unter Inkaufnahme einer sich daraus ergebenden beträchtlichen Verschuldung, die dann am Ende des Jahrzehnts zur Zahlungsunfähigkeit Polens führte.³²

In Ungarn hatte die kommunistische Führung sich 1964/65 für eine Wirtschaftsreform entschieden. Im Juli 1966, zwei Monate, nachdem das Reformprogramm von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) beschlossen worden war, gab deren Vorsitzender, János Kádár, einem westlichen Journalisten ein Interview, in dem er die Abkehr von der Normalität der Nachkriegsjahre und das neu gewonnene Weltbild so erklärte: „In den vergangenen zwanzig Jahren ... war es das wichtigste, über eine gewisse Menge von Produkten zu verfügen. Die Wirtschaftlichkeit und solche Fragen, wie viel ein Produkt kostet, ob seine Qualität dem internationalen Stand entspricht und konkurrenzfähig ist, traten in den Hintergrund. Mit der Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft wurde die erste Periode der Entwicklung abgeschlossen. Jetzt erfordert auch unsere innere Aufbauarbeit eine bessere Nutzung und eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte. Und die gleichen Forderungen stellt uns der internationale Markt ... Der Wirtschaftsmechanismus muß sich ändern, um den neuen Erfordernissen gerecht zu werden.“³³

Auch in Ungarn stand die Frage, wie unter den Bedingungen der Teilnahme am internationalen Wirtschafts- und Technologiewettbewerb mit der Lebensstandardentwicklung und den Verbraucherpreisen umzugehen sei. Die ungarischen Kommunisten strebten von vornherein einen Kompromiß an zwischen den Investitionsforderungen und der sozialen und der einkommensbezogenen Sicherheit sowie den Anforderungen, die sich aus dem Mithalten im internationalen Wettbewerb ergaben. Jedoch gab es für sie Mitte der sechziger Jahre die Gierek-sche Lösungsmöglichkeit angesichts einer gegenüber dem Osten noch restrikti-

29 Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski, *The Polish Economy in the 20th Century*, London 1985, S. 261.

30 Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski, *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert* Berlin 1986, S. 295–296.

31 Vgl. Zygmunt Szeliga, *Social and Economic Policy*, in: *The Polish Upswing 1971–75*, Warschau 1975, S. 55–115.

32 Keith Crane, *Foreign Trade Decision Making Under Balance of Payment Pressure. Poland Versus Hungary*, in: *East European Economies: Slow Growth in the 1980's*, Bd. 3, Washington 1986, S. 437–439.

33 János Kádár: *Für ein sozialistisches Ungarn*, Budapest 1976, S. 165–166.

ven Haltung der westlichen Banken nicht. Das Konzept der USAP-Führung sah deshalb anders aus. Sie propagierte, wie Kadar erläuterte, „eine sozialistische Preispolitik“, die „die Interessen sowohl der Werktätigen als auch der Volkswirtschaft schützt“. ³⁴ Das Ergebnis ihrer Überlegungen war die Schaffung von drei Preistypen: feste, innerhalb von bestimmten vorher fixierten Grenzen bewegliche und völlig freie Preise. ³⁵ „Die zum Lebensunterhalt nötigen Bedarfsgüter“, erläuterte Kadar bei der Vorstellung dieser Preispolitik im Zentralkomitee, „haben behördlich festgelegte Festpreise – und ich kann hinzufügen: niedrige Preise.“ ³⁶

Ungarns Versuch, Lebensstandardsicherung und erhöhte Investitionsanstrengungen nicht einander entgegensetzen, sondern miteinander in der Reform zu versöhnen, gelang. Deshalb brauchten weder die Reform noch die Öffnung zum Weltmarkt Anfang der siebziger Jahre aufgegeben werden, wie das in der DDR und der UdSSR der Fall war.

Vergleicht man die aus der Analyse der DDR-Entwicklung gewonnenen Merkmale der „Normalisierung“ mit den skizzierten Entwicklungen in der UdSSR, Polen und Ungarn, so werden Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede deutlich.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört, daß es wirtschaftliche Krisenerscheinungen am Ende der fünfziger bzw. zu Beginn der sechziger Jahre waren, die die Aufgabe des Modells eines durch das Vorwärtstreiben sozialistischer Produktionsverhältnisse siegreichen Wettbewerbs mit den kapitalistischen Staaten und die Hinwendung zu einer globalen Sicht auf die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkten.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört die Durchführung einer auf Dezentralisierung und Ökonomisierung ausgerichteten Wirtschaftsreform, wesentlich auch auf die Gewinnung von Weltmarktfähigkeit orientiert.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört, daß es keine Wirtschaftskrise war, die Ende der sechziger Jahre/Anfang der siebziger Jahre die Führungsschicht der kommunistischen Parteien zwang, über das weitere Schicksal der Wirtschaftsreform nachzudenken bzw. zu streiten.

In jenen beiden betrachteten Ländern, in denen die „Normalisierung“ mit der Aufgabe des „Globalisierungskonzeptes“, und – eng damit verknüpft – mit der Beendigung der Reform verbunden war – der UdSSR und DDR – wurden diese Schritte aus politischen Gründen gegangen.

In jenen drei Ländern, in denen die „Normalisierung“ mit einer stärkeren Orientierung auf eine im Prinzip leistungsunabhängig zu gewährende Konsumsteigerung verbunden war (UdSSR, DDR, Polen), geschah dies, um für die neue Führung massenhafte Loyalität unter der Bevölkerung zu erzeugen.

Während man für die UdSSR, DDR und Polen bei allen Unterschieden noch von „Normalisierungsvarianten“ sprechen kann, keineswegs jedoch von einem

34 Ebd., S. 189

35 Geoffrey Swain/Nigel Swain, *Eastern Europe since 1945* (2. Aufl.), Houndmills 1998, S. 126.

36 Kádár, *Für ein sozialistisches Ungarn*, S. 189.

„Normalisierungsmodell“, gar einem aus der Sowjetunion importierten, fällt es für Ungarn schwer, überhaupt typische „Normalisierungsmerkmale“ zu entdecken. Allenfalls kann man für Ungarn für die Jahre 1970–1972 eine Verlangsamung des Wirtschaftsreformtempos und damit auch der Anstrengungen, sich in die globale Entwicklung zu integrieren, erkennen. Doch führte diese Entwicklung, anders als in der DDR, auch nicht für einen kurzen Zeitraum zum Verzicht auf Wirtschaftsreformen bzw. die Orientierung an der Weltmarktentwicklung.³⁷

37 Matyas Timar, *Reflections on the Economic Development of Hungary 1967–1973*, Budapest 1975, S. 144–147, 177.